

Kleeblatt Nr. 7

März 88
SPD-Ortsverein
Allensbach



Uns ist nicht
egal, wo Sie
Ihr Kreuz machen.

CDU

SPD

DIE GRÜNEN

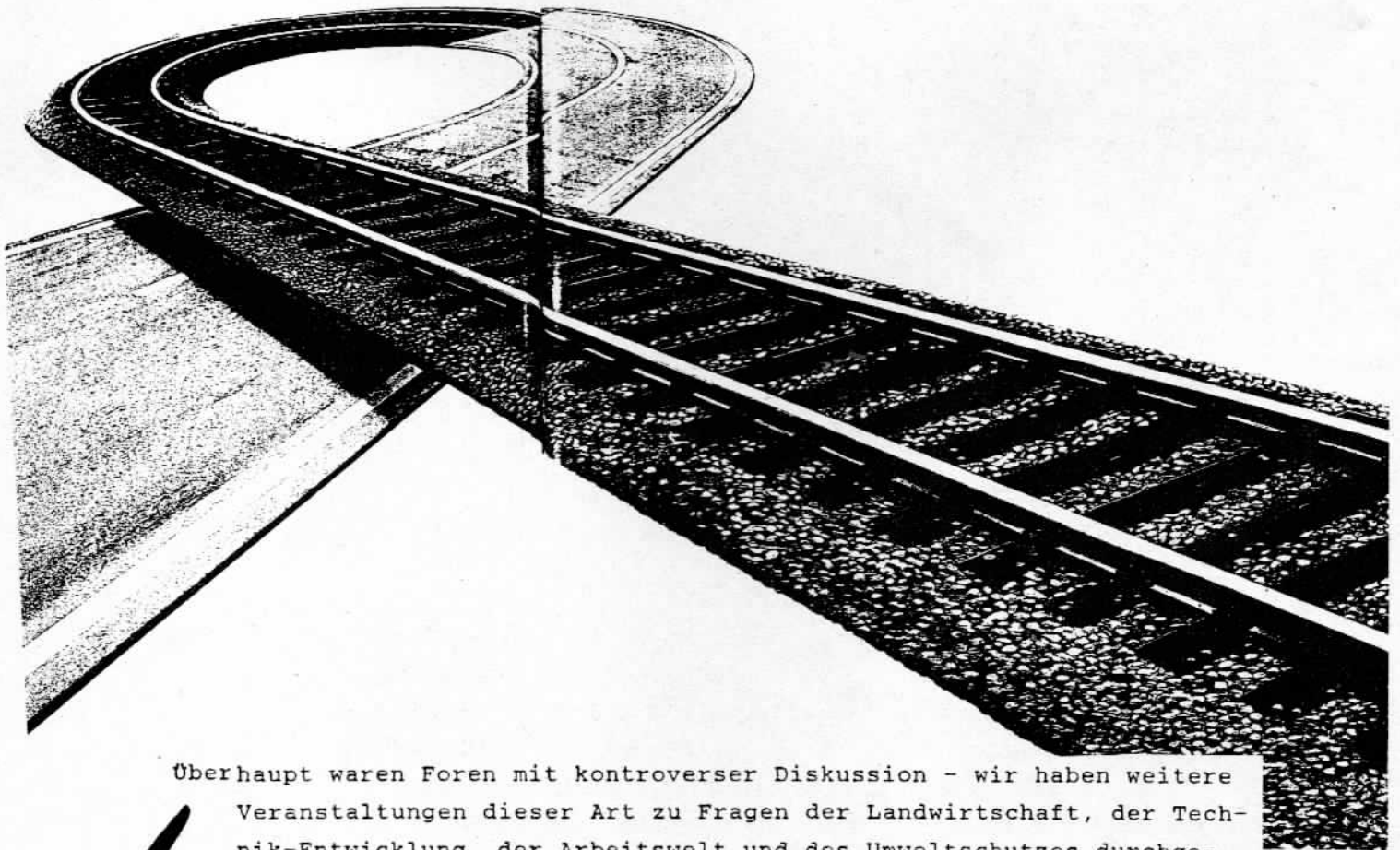
F.D.P.

Zur Landtagswahl

Diesmal spielt bei der Landtagswahl buchstäblich jede Stimme eine Rolle: Verliert die CDU am 20. März die absolute Mehrheit, dann wird es in Zukunft einen offenen Wettbewerb um die bessere Politik geben. Das wird auch in den Amtsstuben neue Beweglichkeit bringen - beim Autobahnamt zum Beispiel, das dann endgültig Abschied nehmen muß von den Vorstellungen der sechziger Jahre und kleinere, in unserer Region besser verdauliche Brötchen backen muß. Entscheidende Voraussetzung für diesen frischen Frühlingwind im Land ist eine gestärkte SPD - es darf nicht länger so einfach sein, unsere Vorstellungen zu übergehen. Beispielsweise die Änderungen, die wir bei der von uns bevorzugten "bahnnahen Mittelspannungstrasse" an den vorgelegten Plänen zum Schutz der Anwohner anbringen wollen. Zum Glück können wir uns dabei auf den erklärten Willen des Deutschen Bundestags berufen!



Verbesserungen des Schienenverkehrs werden auch am Bodensee Entlastung auf der Straße bringen - die Schweiz macht es uns vor. Beim "Eisenbahn-Forum" in Radolfzell wurde uns das von einem Vertreter der Schweizer Bundesbahnen eindrucksvoll vorgeführt.



Überhaupt waren Foren mit kontroverser Diskussion - wir haben weitere Veranstaltungen dieser Art zu Fragen der Landwirtschaft, der Technik-Entwicklung, der Arbeitswelt und des Umweltschutzes durchgeführt - die "Renner" der Saison. Zielsetzung war dabei, strittige Fragen offen vor der Wahl anzusprechen und nicht aus dem Wahlkampf heraushalten, um nach dem Wahltag die unvermeidlichen "Grausamkeiten" zu präsentieren.



Besonders beliebt ist jene Taktik, wenn es ums Geld geht: Die Rechnung für die Bonner Steuerpläne wird wohl erst nach dem 20. März serviert werden. Bei allem Respekt, den Dieter Spöri fairerweise dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten zollt: Die SPD wird weiterhin Sturm laufen gegen die perspektivlosen Umverteilungspläne der Bonner CDU-FDP-Koalition, die nur den wirklich Wohlhabenden spürbare Steuerentlastungen bringen, während bei niedrigen und mittleren Einkommen die geringfügigen Steuernachlässe durch Wegfall von Vergünstigungen, durch Erhöhung von Verbrauchssteuern und durch die absehbaren Einschränkungen bei den Leistungen der Gemeinden mehr als aufgezehrt werden. Und das alles, ohne gezielte Impulse für die Lösung der Umweltprobleme oder für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben! Eine FDP-CDU-Koalition in Stuttgart läßt in dieser Hinsicht keine Besserung erwarten - eher im Gegenteil!



SPD

**Mehrheit
für
gerechte
Steuern.**



„Versprochen ist versprochen, ich gebe einen aus!“

Zeichnung: DS/Wolter

Wir Sozialdemokraten wollen eine sozial gerechte und zielgerichtete Steuerpolitik - zum Beispiel gekoppelt an die Finanzierung eines neuen Zukunftsinvestitionsprogramms "Energie und Umwelt", das den neuen Energietechniken und neuen Verfahren der Umwelttechnik die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Wir wollen, daß die Finanzierung der Renten endlich auf eine tragfähige Grundlage gestellt wird: Die Wertschöpfungs-Abgabe bei den Unternehmen soll gewährleisten, daß die Computer und Roboter, die in die Fabrikhallen einziehen, ihren Teil zur sozialen Sicherung beitragen. Eine allgemeine Pflegeversicherung soll den unwürdigen Zustand beenden, daß Hochbetagte in Pflegeheimen zu Bittstellern um Sozialhilfe werden müssen. Und die viel zu hohe Zahl von Arbeitslosen wollen wir mit neuen Konzepten spürbar verringern - mit Oskar Lafontaine und mit den Gewerkschaften. Dafür ist Ihre Stimme am 20. März eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung!



plera sunt

VERKEHRSBERUHIGUNG IN ALLENSBACH

Allensbach ist ein Straßendorf mit parallel verlaufenden Straßen und meist großzügigem Ausbau, der in den sechziger Jahren ausgeführt wurde. Das gestiegene Verkehrsaufkommen führt heute in fast allen Bereichen der Gemeinde zu Gefährdungen.

Deshalb haben sich viele Bürger der Kapplerbergstraße zu einer Bürgeraktion zusammengeschlossen und am 3. Dezember 1986 mit 82 Unterschriften ein Gesuch zur Verkehrsberuhigung bei der Gemeindeverwaltung mit folgender Begründung eingereicht:

- Der gradlinige Verlauf der Straße, sowie der gute und breite Ausbau verführen die Autofahrer zu überhöhten Geschwindigkeiten
- Die Rechtsvorfahrt wird fast immer mißachtet. Die hohen Geschwindigkeiten werden nicht reduziert.
- Die Gehwege in der Kapplerbergstraße sind nicht durchgehend.
- Die Autos fahren oft mit überhöhter Geschwindigkeit über den Kapplerbergplatz. Viele Kinder benützen den als Verkehrsfläche ausgewiesenen Platz als Spielfläche.
- Die Kapplerbergstraße ist der hauptsächliche Verkehrsweg für Mütter, Schüler und Kindergartenkinder, die im Westen des Dorfes wohnen.
- Die Unübersichtlichkeit der Kreuzung Kapplerbergstraße/Höhrenbergstraße/Holzgasse führt zu einer wesentlichen Gefährdung der Verkehrsteilnehmer.

Mit dem Hinweis auf die Nachbarstädte Singen, Radolfzell und Konstanz fordern diese Bürger bauliche Maßnahmen zu Lösung des Problems.

Die Gemeindeverwaltung und der Bürgermeister nahmen die Idee auf und bereiteten für die Gemeinderatssitzung am 10. 2. 87 eine ausführliche Vorlage vor zum TOP.

"Diskussion zur Möglichkeit der verkehrsberuhigten Maßnahmen im Bereich der Kapplerbergstraße"

Nach dieser Diskussion beschloß der Gemeinderat, ein Planungsbüro für Städtebau mit einer Untersuchung zu beauftragen.

Das Ergebnis wurde am 23. 6. 87 im Gemeinderat vorgetragen. Dabei handelte es sich im Einzelnen um Fahrbahnverengungen, Belagswechsel sowie Begrünungen.

Zwischenzeitlich wiesen auch andere Bürgergruppen auf weitere Verkehrsprobleme, insbesondere im Zusammenhang mit einem sicheren Weg zur Schule und zum Kindergarten hin.

Bei der Bürgerversammlung am 23. 2. 88 wurden keine wesentlichen neuen Erkenntnisse gewonnen. Abgesehen von den Stimmen weniger Bürger war eine breite Zustimmung für die Änderung der Verkehrssituation in den Bereichen der Wohnstraßen zu verzeichnen.

Die Bürgeraktionen zeigen mit ihren Anträgen der Gemeindeverwaltung einen neuen Weg für die Planung und den Bau von Wohnstraßen.

Hegner-, Hochstraße sowie Himmelreich-Süd werden nun schon verkehrsberuhigt geplant und gebaut.

Es bleibt zu hoffen, daß die Gemeinde diese Konzeption auf bestehende Wohnstraßen überträgt.

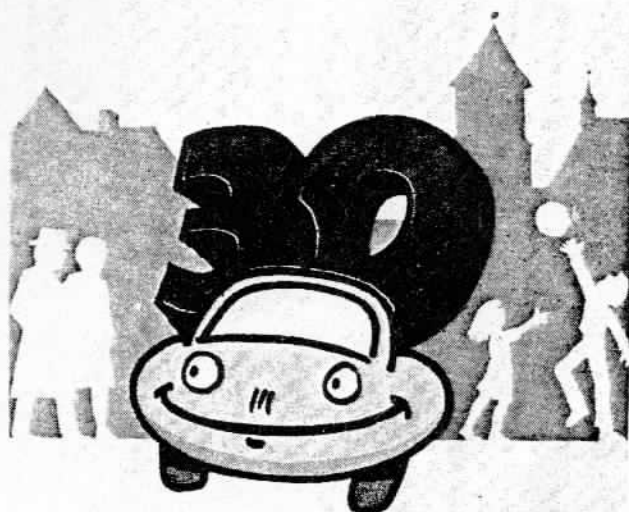
Tempo-Glosse

Allensbach. Bisher schon durch die Demoskopie in aller Munde, wird nun wohl auch täglich im Deutschlandfunk - immer vor den Nachrichten - die Verkehrsdurchsage ertönen:

"Auf dem Ruhrschnellweg nach Essen acht Kilometer Stau infolge dichten Verkehrsaufkommens. In Allensbach, in der Höhrenbergstraße fünfzig Meter Stau in Höhe von Hausnummer vierzig bei der Einfahrt zur Bezirkssparkasse. Autofahrer werden um entsprechende Fahrweise gebeten."

So wird es sein, wenn in der Höhrenbergstraße Tempo 30 eingeführt wird - zumindest hat ein Anwohner in der Bürgerversammlung am 23. Februar einen Stau vorausgesagt. Und er muß es wissen. Denn nach seinen Aussagen als Nichtautofahrer und Rentner beobachtet er den Tag über sehr genau, was sich auf der Höhrenbergstraße abspielt.

In reinen Wohngebieten:



**VORFAHRT
für die Menschen**



Der Bürgermeister lud ein - zu einem Thema, das gerade sehr aktuell ist und eigentlich alle angeht. Aber nicht sehr viele kamen. Lag es am Termin, am Thema oder einfach an dem geringen Interesse?

Das Thema, von Bürgern aus Allensbach und Kaltbrunn angeregt, war die Verkehrssituation und die damit verbundenen Gefahren für Kinder. Es sollte eine Runduminformation für alle Anwohner sein.

Nach dem eindrucksvollen Film, sehr gut referiert von Herrn Scheller von der Verkehrswacht, den erklärenden Zahlen und Daten über den Verkehr in Allensbach, blieb mir besonders der Satz im Ohr: "Die Kinder sind auf Gedeih und Verderb auf den Autofahrer angewiesen."

Diese Feststellung und die Unfallzahlen mit Kindern müßten eigentlich eine von vornherein ablehnende Haltung oder Passivität gegenüber der Verkehrsberuhigung unmöglich machen. Die vielen Kinder hier in Kaltbrunn, die sich mit ihren Rädchen, auf Rollschuhen oder zu zu Fuß im Dorf bewegen, sollten ein Recht auf rücksichtsvolle Autofahrer und auf niedrige Geschwindigkeiten von Fahrzeugen haben. Natürlich fahren hier viele Anlieger, sind Bürgersteige da, natürlich gibt es den Spielplatz und sicherlich können die Eltern nach ihren Kindern schauen - aber wer garantiert dafür, daß Kinder sich wie Erwachsene bewegen? Kinder sind unberechenbar, sie sind unterneh-

mungslustig und reagieren spontan. Wir möchten unsere Kinder zu selbständigen Menschen erziehen und dies Bemühen der Kinder um ihre Selbständigkeit fängt früh an.

Es geht mir nicht darum, die Straßen großartig zu verändern, sondern um eine Maßnahme, die uns Anlieger, Besucher und Durchfahrende dazu zwingt, mit geringem Tempo durch Kaltbrunn zu fahren. Traktoren und Lastwagen, mit und ohne Anhänger, können sich sehr gut auch langsam bewegen, wodurch nicht nur eine größere Verkehrssicherheit gewährleistet ist, sondern auch Umweltverschmutzung und Larmbelastigung verringert werden. Die Kurve in der Wiesenstraße-Zur Breite verleitet dazu, daß Fahrzeuge in die Mitte der Fahrbahn geraten, und wir beobachten immer wieder, daß Kinder aus ganz Kaltbrunn, die in froher Gemeinschaft mit ihren Fahrrädern eine Dorfrunde drehen, unbewußt auch diese Kurve "schneiden".

Ich möchte Sie ganz herzlich bitten: Achten Sie auf Ihre Geschwindigkeit, nehmen Sie Rücksicht auf die kleinen Teilnehmer unserer Dorfgemeinschaft, und haben Sie ein offenes Ohr für die Belange der Verkehrssicherheit!

Leider nutzen bloße Appelle wenig, sie haben nur momentane Wirkung - wie der Vortrag von Herrn Scheller bewiesen hat!

Deshalb sollten baldmöglichst Maßnahmen ergriffen werden, die allen Anwohnern gerecht sind, aber in erster Linie der Sicherheit des Menschen dienen.

Renate Hipp

SPD und Jugend



Ausschlaggebend für die Gründung einer Juso-Jugend-Initiative in Allensbach war der Aufruf von Frank Schwetz im letzten KLEE-BLATT, in dem er politisch interessierte Jugendliche zu einem Treffen einlud.

Er konnte mit Freude feststellen, daß bereits zum ersten Treffen zehn Jugendliche den Weg ins Vereinsheim fanden. Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung - Frank Schwetz ist ein 22-jähriger Hamburger, der in Allensbach wohnt und in Konstanz Verwaltungswissenschaft studiert - hielt er ein anschauliches Referat (Diavortrag) über die Probleme Indiens.

Im Anschluß an diesen Abend fand sich bald ein kleiner Kreis von fünf Jugendlichen, die den weiteren Aufbau der JJI zusammen mit dem Initiator organisieren wollen.

So konnte schon bei der nächsten Veranstaltung über Ziele und Vorhaben der Jusos diskutiert werden. Oberstes Ziel soll sein, Jugendliche anzusprechen, um ihre meist distanzierte Haltung gegenüber der Politik abzubauen und sie durch eine aufgeschlossene zu ersetzen.

Dies wollen wir erreichen durch:

- Filmabende mit anschließender Diskussion
- Informationsabende
- Flugblatt-Aktionen
- eine Sommer-Party
- Fahrt in den Landtag/Bundestag
- Podiumsdiskussion zum Trassenstreit

Wir sind sehr darum bemüht, diese Ziele zu erfüllen und hoffen auf eine rege Teilnahme, nicht nur der Allensbacher Jugend.

Dirk Rady und Alexander Karrer



Verkehrt gedacht!



Lautstark und emotional, bisweilen beleidigend, argumentieren sie, die Hochspannungstrassen-Befürworter oder die Gegner einer Südeinführung. Ihre Argumentation läuft dann folgendermaßen ab: Die verheerenden Auswirkungen der Hochspannungstrasse, durch Gutachten belegt und eigentlich für jedermann einsichtig, werden verschwiegen, oder es wird das Umweltgutachten einfach in Frage gestellt. Oder noch einfacher, wie bei Klaus von Trotha, in "ökologische" Hochspannungstrasse umgetauft.

Das eigenartige Argument "Menschenschutz geht vor Naturschutz" wird ins Feld geführt; die Südeinführung, so wird behauptet, zerstöre das See-Ufer, das Wollmatinger Ried; der See sei schließlich einmalig, Wald gebe es überall und außerdem sei auch die Südeinführung eine neue Straße, das Argument "Ausbau vor Neubau" treffe deshalb gar nicht zu.

Bei näherer Betrachtung zerbröseln diese Argumente schnell. Wenn in einem sechs Kilometer breiten Landstrich, der bereits von zwei großen Straßen durchquert wird, eine dritte Trasse gelegt wird, so ist die Landschaft zerstört, man kann es drehen und wenden wie man will. Wer die Landschaft entlang der Hochspannungsleitung kennt, weiß, daß Biotopvernetzungen zerstört werden, daß meterhohe Dämme, tiefe und breite Einschnitte notwendig sind.

Von Menschenschutz kann auch keine Rede sein. Bei der Südtrasse nämlich entsteht keine neue Trasse. Es werden zwei zusätzliche Spuren gebaut und der Verlauf wird bisweilen geändert. Aber es bleibt bei zwei Straßen über den Bodanrück. Die Hochspannungstrasse dagegen ist eine neue, eine zusätzliche, eine dritte Straße.

Die Allensbacher legen sich - in einiger Entfernung - einen weiteren Ring um den Ort, die Hegner gar werden auf drei Seiten von Straßen

eingeschlossen: Im Süden von der alten B33, im Norden von der B33 neu und im Westen von einer neuen Ortsumgehung, die verhindern soll, daß der Verkehr von der B33 neu durch die engen Ortsstraßen zum See rollt.

Das Argument, die alte B33 wird rekultiviert, ist ganz und gar realitätsfremd. Niemand kann ernsthaft den Verkehr zwischen Markelfingen, Allensbach, Hegne und der Waldsiedlung auf die "Autobahn" zwingen wollen. Und wenn die B33 alt bleibt, so nimmt sie ungefähr die Hälfte des Verkehrs zwischen Radolfzell und Konstanz auf. Wo ist da der Menschenschutz, wenn sich die bestehende Situation nicht grundlegend ändert, die Hochspannungstrasse aber noch zusätzlich die Menschen belastet?

Die Alternative See oder Wald ist eine scheinbare. In Allensbach und Hegne wird am See gewohnt, gebadet, gezeltet, Schlittschuh gelaufen, Motorboot gefahren und vieles mehr. In Ufernähe verläuft auch die Bahnlinie. Ein ruhiges Plätzchen wird dort auch ohne Straße nicht mehr entstehen. Und wenn die vermeintliche Idylle Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr sein soll, wie die Allensbacher sagen, so wird ja wieder Verkehr angezogen, der über irgend eine Straße laufen muß.

Das Wollmatinger Ried wird bei einer Südeinführung stärker belastet. Aber die Natur- und Vogelschützer, die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen haben, schätzen den Wert eines intakten Bodanrücks höher ein. Ölunfälle, immer wieder ins Feld geführt, sind hier wie dort gleichermaßen katastrophal.

Die Südtrasse kann, das ist durch Planungen belegt, an den wenigen Stellen, an denen sie Wohngebiete berührt, tiefer gelegt und überdeckelt werden. Sie kann, wird sie sorgfältig geplant, sogar die heutigen Verhältnisse verbessern.

Christa Ulmer, Lehrerin an der Grundschule Hegne, 43 Jahre alt, verheiratet und Mutter von zwei 15- und 17-jährigen Jungen bewirbt sich als Zweitkandidatin um ein Landtagsmandat. Aus einem engagierten Elternhaus stammend - ihr Vater war Pfarrer und die Mutter lange Jahre Gemeinderätin - führte sie ihre politische Einstellung zur SPD. Sie war ein Jahr lang Ortsvereinsvorsitzende und ist weiterhin im SPD- Vorstand des Allensbacher Ortsvereins tätig.

In den SPD- Wahlveranstaltungen zusammen mit dem SPD- Landtagskandidaten Dr. Gerhard Lindner hat Christa Ulmer viele Beobachtungen, wichtige Erfahrungen und für ihre politischen Ziele neue Erkenntnisse gewonnen.



Ilse Willauer
interviewt
Christa Ulmer

Ja zum Neuen Fortschritt!

Frage: Der Wahlschlager der CDU " Unser Land in guter Hand " trifft den Nagel auf den Kopf. Die CDU in Baden-Württemberg hat tatsächlich viel zu viel in ihrem festen Griff, in ihrer Hand. Ein Land, d.h. die Menschen dürfen aber nicht im " Besitz " einer Partei sein. Es wäre höchste Zeit, daß sich hier etwas ändert. Was erwarten nach Deiner Meinung - gewonnen bei den SPD- Veranstaltungen - die Wählerinnen und Wähler von einer Landesregierung, die für alle dazusein hat ?

Antwort: Jeden Tag, wenn ich an den Werbeplakaten der CDU vorbeikomme, muß ich über die " gute Hand " nachdenken, in der unser Land angeblich liegt. Mir fällt dann ein, daß wir einerseits wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand zumindest für einen großen Teil unserer Bevölkerung haben, aber andererseits gewaltige Probleme, die uns existentiell bedrohen: Probleme ökologischer Art wie das drastische Waldsterben vor allem im Schwarzwald, Probleme sozialer Art wie Arbeitslosigkeit, neue Armut, Benachteiligung von Schwachen und Behinderten. Und so denke ich mir, wenn eine Regierung, die das Massensterben bäuerlicher Familienbetriebe " Strukturwandel " nennt, die die Augen vor sozialer Not verschließt, die die Steuerergeschenke an die Reichen mit Verbrauchssteuern durch die Massen finanziert, die soziale Ungerechtigkeiten duldet (und das sind nur einige Beispiele), wenn also die davon spricht, daß sie eine gute Hand hat, so halte ich das für zumindest maßlos übertrieben. In den Versammlungen wurde immer wieder deutlich, daß das Machtmonopol einer Partei gebrochen werden muß. Die vielen ungelösten Probleme, seien es Ausstieg aus der Kernenergie, neue

★ Energiequellen, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit sollen nicht weiter in konservativen Denkmustern verbleiben. Andere politische Kräfte müssen mitwirken. Jetzt fehlen der CDU- Regierung nämlich neue Denkanstöße, und viele glauben, daß sie die SPD mit ihrem " Neuen Fortschritt " geben kann. Darum hoffen wir alle auf ein gutes Wahlergebnis.

Frage: Welche Themen fanden das größte Interesse bei den Wahlveranstaltungen, oder auch bei Gesprächen, die Du im Hinblick auf den 20. März geführt hast?

Antwort: Ich habe den Eindruck, das Wichtigste für die Menschen war die Auseinandersetzung mit drängenden Zukunftsfragen, z.B. mit dem technischen "Fortschritt um jeden Preis". Bei technischen Entwicklungen dürfen wir nicht die schwerwiegenden Folgen für künftige Generationen außer acht lassen, nur weil wir jetzt einen kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen haben. Viele Teilnehmer brachten ihre große Sorge zum Ausdruck, daß die Regierung nicht den Ausstieg aus der Kernenergie fördert und zu wenig Mittel für neue, realisierbare, umweltfreundliche Energiequellen bereitstellt. Diese Sorge äußerte sich auch beim Thema Verkehr. Große Zustimmung fand auf unserem Eisenbahnforum ein Konzept der Schweiz, das die weitere Überlastung der Straßen durch den Autoverkehr durch den Ausbau der Bahn in den Griff bekommen möchte. Dieses Konzept, das sich auch bei uns ohne weiteres verwirklichen ließe, wäre zudem ungleich billiger als der Straßenbau. Was mir besonders gut gefallen hat - neben vielen anderen positiven Denkanstößen - war der sachliche und faire Stil der Diskussionen, der sicher zu einer neuen Kultur der politischen Auseinandersetzung beigetragen hat.



Frage: Unsere Kinder sind in eine Welt hineingeboren worden, die zu begreifen ungeneuer schwer ist. Kopf, Herz und Hand - die Ganzheit des Menschen ist gefährdet. Hinzu kommt, daß in unserer Gesellschaft das "Leistungsdenken" mit seinen gravierenden Folgen für das soziale Verhalten einseitig hochgespielt wird. Was hat aus Deiner Sicht die Schule zu leisten, um dieser Gefahr entgegenzuwirken?

Antwort: Du weißt, unsere Landesverfassung garantiert das Recht, daß jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat. Ausdrücklich heißt es also, daß dieses Recht für jeden einzelnen jungen Menschen gilt. Wie sieht aber die Schulwirklichkeit aus? Wie schwer haben es beispielsweise die Kinder von Alleinerziehenden, von berufstätigen Eltern, von arbeitslosen Eltern und anderen sozial benachteiligten Familien! Dazu kommt, daß die Schule heute die Mithilfe der Eltern als selbstverständlich voraussetzt. Wie sollen aber solche verfassungsmäßigen Rechte verwirklicht werden? Ich sehe eine entscheidende Lösung in der Einrichtung von Ganztagschulen. Hier wäre ein fächerübergreifendes, projektbezogenes, ganzheitliches Lernen möglich. Ich möchte aber doch für alle Schulen die Forderung stellen, daß sie die Grundlagen für Fähigkeiten schaffen, die unsere Kinder in der Zukunft wirklich brauchen. Das sind Fähigkeiten wie Verantwortung übernehmen, das sind Neugier, Offenheit, Lernenwollen, Kritikbereitschaft, Kreativität und die Kooperationsfähigkeit mit anderen - eben demokratische Verhaltensweisen.

Frage: Familienpolitik ist eng mit der Arbeitswelt verknüpft. Welche Veränderungen müßten es Deiner Meinung nach in diesen Bereichen geben, damit Frauen in Beruf und Familie besser zurechtkommen, daß die gesetzlich verankerte Gleichstellung von Mann und Frau erreicht wird und das Familienleben sich problemloser gestalten läßt?



Impressum:

Hrsg.: SPD-Ortsverein
Allensbach
Red.: Christa Ulmer
Rosemarie Frei
Rainer Heidenreich
Anschrift der Redaktion:
Wiesenstraße 11
7753 Allensbach 2
Druck: Romer
7750 Konstanz

Antwort: Der internationale Frauentag hat es uns mal wieder vor Augen geführt. In allen Ländern und in allen sozialen Schichten sind die Frauen immer noch benachteiligt. Aber immer mehr Frauen wehren sich, sei es in der Partnerschaft, der Familie, im Berufsleben oder in der Politik. Wir wollen nicht mehr die bewegliche "Manövriermasse" sein, da hingestellt, wo "Mann" sie gerade braucht. Frauen haben vielfach bewiesen, daß sie auf allen Gebieten ebenso viel leisten können, wenn sie die Chance haben. Wir SPD-Frauen möchten, daß die Arbeitszeit so weit verkürzt wird, daß Männer und Frauen sich die Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich teilen können. Wir brauchen Kindergärten mit vernünftigen Öffnungszeiten und Kindertagesstätten. Über diese praktischen Maßnahmen hinaus müssen wir alle - Frauen und Männer - sensibler werden, um die Gleichstellung tatsächlich zu verwirklichen. Aus der Erfahrung heraus, daß gesicherte Positionen nicht gerne aufgegeben werden, scheinen mir Frauenförderpläne und die Quotenregelung zuallermeinst für politische Mandate unter anderem ein gutes Instrumentarium.

Anwalt unserer Landschaft?

"Und ist es schon Tollheit,
so hat es doch Methode"
Shakespeare

"Auch im Wahlkampf wird über die bessere Trasse für die B 33-neu diskutiert", war dieser Tage auf einem gelben Flugblatt der BI Hochspannungstrasse zu lesen.

In der Tat - und wie! Ist es schon die falsche Diskussion - der Autobahncharakter der neuen Straße schafft ja erst die Konflikte in der Trassenfrage - so wird sie auch noch aberwitzig geführt. Da ist die B 33-neu auf der Nordtrasse angenehm "see- und siedlungsfern", scheinbar ohne große Zerstörungseffekte, die Südlösung aber "inmitten der Uferlandschaft quer durch bewohnte Gebiete".

Und obwohl das so niemand behauptet hat, warnen die Hochspannungs-Vertreter "vor der Irreführenden Darstellung, die Uferlandschaft gehöre nicht zum Bodanrück". Irrel! Die gewissenhafte Abwägung zwischen zwei Übeln wird übel in den Vorwurf der Ausgrenzung verfälscht.

Einmal dabei, schwingen sich die "Nord(trassen)lichter" auch gleich zum wahren "Anwalt unserer Landschaft" auf. Zitat: "Wir fordern: Der ganze Bodanrück ist erhaltenswert." Wir auch, ganz ohne Alleinvertretungsanspruch.

Weiter im Text: "Lassen Sie sich nicht täuschen - wer vollmundig von der Erhaltung des Bodanrücks spricht und kampfflos die Uferlandschaft am Gnadensee preis gibt, kann nicht Anwalt unserer Landschaft sein." Wie wahr! Aber, wie heißt es so schön: "Der Bodanrück reicht vom Ufer des Gnadensees bis zum Überlinger See." Und dazwischen, gibt es da nicht auch noch was Erhaltenswertes? Also Lassen wir uns nicht täuschen...